

23.02.2006 - Politik / Europa

Technologien: EU will die Autos bremsen

VON WOLFGANG BÖHM UND SUSANNA BASTAROLI

Automatische Auffahrbremsen und Aufwecksysteme sollen Europas Straßen sicherer machen.

Brüssel/WIEN. Die EU-Kommission und die österreichische EU-Präsidentschaft wollen die Zahl tödlicher Verkehrsunfälle auf Europas Straßen deutlich reduzieren. Nächste Woche werden in Bregenz alle EU-Verkehrsminister neue Maßnahmen zu diesem Thema beraten. Schon heute, Donnerstag, wird die EU-Kommission als ihren Beitrag - das intelligente Fahrzeug - in Brüssel präsentieren. Es verfügt über automatische Auffahrbremsen, ein Aufwecksystem für den Fahrer, ein Spurhaltesystem, ein elektronisches Verkehrssteuersystem und ein automatisches Notrufsystem.

Die EU unterstützt bereits mit 29,8 Millionen Euro das Forschungsprojekt "Prevent", das gemeinsam mit der Autoindustrie neue Sicherheitsstandards entwickelt. Doch sollen nun auch die Hersteller dazu gedrängt werden, die neuen Systeme rasch und kostengünstig einzubauen. Die zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding argumentiert, dass durch diese neuen Technologien sogar ein Großteil der schweren Unfälle mit Todesfolgen vermieden werden könnten:

[*] Die automatische Auffahrbremse erfasst über Sensoren bzw. Kameras ein herankommendes Hindernis und leitet eine Bremsung ein. Wird sie bis 2010 in nur drei Prozent der Autos eingebaut, könnte sie laut Experten der EU-Kommission 4000 Unfälle pro Jahr verhindern. [*] Das automatische Spurhaltesystem sorgt über Warnzeichen dafür, dass es zu keiner Kollision mit anderen Verkehrsteilnehmern kommt. Das System kann laut Analyse der Kommission 1500 Unfälle auf Europas Straßen vermeiden, wenn es bis 2010 in 0,6 Prozent der Fahrzeuge eingebaut würde. [*] Das automatische Aufwecksystem erfasst die Augen des Fahrers und erkennt eine Übermüdung. Wird es in alle Fahrzeuge eingebaut, könnte es laut EU-Kommission sogar 30 Prozent aller tödlichen Unfälle verhindern.

Die EU hat sich bereits im Jahr 2001 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Bis 2010 sollte die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle von 50.000 auf 25.000 halbiert werden. Um dies zu erreichen, wurden in der ganzen EU geltende Rechtsvorschriften - etwa zu Ruhezeiten für Lkw-Fahrer - verabschiedet und europaweite Sensibilisierungskampagnen gestartet. Auch die Förderung von "sicheren Fahrzeugen" ist Teil dieser Offensive gewesen.

Die neue Initiative wird nun auch deshalb gestartet, weil die Bilanz bisher ernüchternd ist. Laut einem Bericht von Verkehrskommissar Jacques Barrot starben 2005 immer noch 41.600 Menschen in der EU bei Verkehrsunfällen - das sind lediglich 17,4 Prozent weniger als vier Jahre davor.

Sehr unterschiedlich fällt die Bilanz in den einzelnen Mitgliedstaaten aus: Während etwa in Deutschland deutlich weniger Verkehrstote (-15%) zwischen 2001 und 2004 verzeichnet wurden, erzielte Österreich mit minus fünf Prozent nur geringe Fortschritte. In anderen Ländern, etwa in Polen, nahm zuletzt die Zahl der Menschen, die auf der Straße ums Leben gekommen sind, sogar zu.

Besorgniserregend ist auch eine andere Tendenz: Seit 2001 ist die Zahl der bei Unfällen umgekommenen Motorradfahrer in der EU gestiegen.

© diepresse.com | Wien